

Synopse

Verordnung zur Änderung des Reglements über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMR)

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	Verordnung zur Änderung des Reglements über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt	
	<i>Der Staatsrat des Kantons Freiburg</i> <i>beschliesst:</i>	
	I.	
	<i>Keine Hauptänderung.</i>	
	II.	
	Der Erlass SGF 866.1.11 (Reglement über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMR), vom 02.07.2012) wird wie folgt geändert:	
Art. 1 Amt für den Arbeitsmarkt (Art. 7 BAMG) ¹ Das Amt für den Arbeitsmarkt (das Amt) verfügt über eine geeignete Struktur für den Vollzug der Aufgaben, für die es aufgrund des BAMG zuständig ist. ² Es besteht insbesondere aus den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (die regionalen Zentren), der Einheit für die Arbeitsmarktüberwachung, der Einheit Arbeitsinspektorat und der Einheit für die logistische Unterstützung der arbeitsmarktlichen Massnahmen.	² Es besteht insbesondere aus den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (die regionalen Zentren) (RAV), der <u>Einheit für die Arbeitsmarktüberwachung zuständigen Einheit</u> , der Einheit für das Arbeitsinspektorat <u>zuständigen Einheit</u> und der Einheit für die logistische Unterstützung der arbeitsmarktlichen Massnahmen <u>zuständigen Einheit</u> .	
Art. 3 Kantonale Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Art. 15–18 BAMG) – Datenaustausch		

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>¹ Die Mitglieder der kantonalen Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (die Kommission) und ihrer Unterkommissionen tauschen untereinander die Informationen aus, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Aufgaben nach Artikel 16 BAMG, benötigen. Dabei beachten sie die Grundsätze der Verhältnismässigkeit und der Zweckbindung.</p> <p>² Die Mitglieder tauschen untereinander hauptsächlich Identifikationsdaten, Daten zur finanziellen und sozialen Situation der betroffenen Personen und Unternehmen und Daten zu Verstössen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt aus.</p> <p>³ Der Zugriff auf die Daten kann mit einem Abrufverfahren im Sinne von Artikel 2 DSR gewährt werden.</p>	<p>¹ Die Mitglieder der kantonalen Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (die Kommission)(BAMK) und ihrer Unterkommissionen tauschen untereinander die Informationen aus, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Aufgaben nach Artikel 16 BAMG, benötigen. Dabei beachten sie die Grundsätze der Verhältnismässigkeit und der Zweckbindung.</p>	
<p>Art. 4 Kantonale Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Art. 15–18 BAMG) – Zusammensetzung der Unterkommissionen (Art. 18 BAMG)</p> <p>¹ Die Unterkommissionen setzen sich aus sieben Mitgliedern, darunter die Präsidentin oder der Präsident, zusammen. Zwei Mitglieder vertreten die Arbeitgebervereinigungen, zwei die Arbeitnehmervereinigungen und drei Mitglieder vertreten den Staat. Jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der genannten Vereinigungen muss Mitglied der Kommission sein.</p> <p>² Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Amts übernimmt das Präsidium der Unterkommissionen. Der Staatsrat ernennt die übrigen Mitglieder.</p>	<p>¹ Die Unterkommissionen setzen sich aus sieben Mitgliedern, darunter die Präsidentin oder der Präsident, zusammen. Zwei Mitglieder vertreten die Arbeitgebervereinigungen, zwei die Arbeitnehmervereinigungen und drei Mitglieder vertreten den Staat. Jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der genannten Vereinigungen muss Mitglied der KommissionBAMK sein.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>³ Mit dem Einverständnis der Kommission können die Unterkommissionen Expertinnen und Experten beiziehen. Letztere haben lediglich eine beratende Stimme.</p>	<p>³ Mit dem Einverständnis der Kommission<u>BAMK</u> können die Unterkommissionen Expertinnen und Experten beiziehen. Letztere haben lediglich eine beratende Stimme.</p>	
<p>Art. 5 Besondere Kommissionen (Art. 19 BAMG) – Errichtung und Organisation</p> <p>¹ Die Einsetzung von besonderen Kommissionen wird vom Staatsrat auf Antrag der Volkswirtschaftsdirktion oder der Kommission angeordnet.</p> <p>² Der Staatsrat ernennt die Präsidentin oder den Präsidenten sowie alle übrigen Mitglieder von besonderen Kommissionen; deren Mitgliederzahl hängt von der Fragestellung ab.</p>	<p>¹ Die Einsetzung von besonderen Kommissionen wird vom Staatsrat auf Antrag der Volkswirtschaftsdirktion oder der Kommission<u>BAMK</u> angeordnet.</p>	
<p>Art. 7 Ausbildung des Personals (Art. 20 BAMG)</p> <p>¹ Das Amt sorgt dafür, dass das Personal über die nach Bundesrecht vorgeschriebene Ausbildung verfügt. Dies gilt insbesondere für das Personal, das für die Betreuung und Beratung von arbeitslosen Personen zuständig ist, sowie für die Mitglieder des Arbeitsinspektorats und der Arbeitsmarktüberwachung.</p> <p>² Das Amt wendet die Weisungen des Bundes zu den betreffenden Bereichen an, die gegenüber der kantonalen Gesetzgebung im Bereich des Personals Vorrang haben.</p>	<p>¹ Das Amt sorgt dafür, dass das Personal über die nach Bundesrecht <u>und kantonalem Recht</u> vorgeschriebene Ausbildung verfügt. Dies gilt insbesondere für das Personal, das für die Betreuung und Beratung von arbeitslosen Personen zuständig ist, sowie für die Mitglieder des Arbeitsinspektorats und der Arbeitsmarktüberwachung.</p> <p>² Das Amt wendet Um die Weisungen des Bundesgerichtspolizeilichen Kompetenzen zu den betreffenden Bereichen erwerben, nehmen die Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung an, ein Teil der Kurse teil, die gegenüber bei der kantonalen Gesetzgebung im Bereich des Personals Vorrang haben.<u>Ausbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erteilt werden.</u></p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>³ Das Amt wendet die Weisungen des Bundes zu den betreffenden Bereichen an, die gegenüber der kantonalen Gesetzgebung im Bereich des Personals Vorrang haben.</p>	
<p>Art. 10 Überprüfung (Art. 22 BAMG)</p> <p>¹ Die Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih müssen mindestens alle fünf Jahre oder auf Verlangen der Kommission überprüft werden.</p>	<p>¹ Die Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih müssen mindestens alle fünf Jahre oder auf Verlangen der Kommission<u>BAMK</u> überprüft werden.</p>	
<p>Art. 12 Anmeldung der Stellensuchenden (Art. 32 BAMG) durch die regionalen Zentren</p> <p>¹ Die regionalen Zentren unterstützen die Stellensuchenden, die sich anmelden.</p> <p>² Sie informieren die Stellensuchenden über ihre Arbeitslosensituation und stellen eine Liste der Unterlagen auf, die gemäss den Vorschriften des Bundes vorgelegt werden müssen. Sie händigen ihnen ferner eine Liste aller Arbeitslosenstellen im Kanton aus.</p>	<p>Art. 12 Anmeldung der Stellensuchenden (Art. 32 BAMG) durch die regionalen Zentren<u>RAV</u></p> <p>¹ Die regionalen Zentren<u>RAV</u> unterstützen die Stellensuchenden, die sich anmelden.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>³ Gemäss Bundesrecht erfassen sie die Daten der stellensuchenden Person spätestens sieben Tage nach der Anmeldung im Informationssystem für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik (AVAM) und übergeben der stellensuchenden Person die Unterlagen, die für die Arbeitslosenkasse bestimmt sind. Sie sorgen dafür, dass die von der stellensuchenden Person eingereichten Unterlagen digitalisiert und den entsprechenden AVAM-Dossiers zugeteilt werden.</p> <p>⁴ Gemäss Bundesrecht laden sie die stellensuchende Person spätestens fünfzehn Tage nach ihrer Anmeldung zu einer Informationssitzung und zu einem Beratungsgespräch ein.</p>	<p>⁴ Gemäss Bundesrecht laden sie <u>erteilt das Amt den stellensuchenden Personen die Informationen zur Arbeitslosenversicherung. Es lädt die</u> stellensuchende Person spätestens fünfzehn Tage nach ihrer Anmeldung zu einer Informationssitzung und zu einem Beratungsgespräch ein.</p>	
<p>Art. 13 Anmeldung der Stellensuchenden (Art. 32 BAMG) durch die Gemeinden</p> <p>¹ Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern und die Bezirkshauptorte des Kantons können die Befugnis für die Anmeldung der stellensuchenden Personen behalten. Sie setzen das Amt darüber in Kenntnis.</p> <p>² Das Gemeindearbeitsamt füllt gemeinsam mit der stellensuchenden Person die Formulare aus, die benötigt werden, um sich arbeitslos zu melden. Es ist zuständig für die Überprüfung des Wohnsitzes und meldet dem zuständigen regionalen Zentrum alle Änderungen.</p>	<p>² Das Gemeindearbeitsamt füllt gemeinsam mit der stellensuchenden Person die Formulare aus, die benötigt werden, um sich arbeitslos zu melden. Es ist zuständig für die Überprüfung des Wohnsitzes und meldet dem zuständigen regionalen Zentrum <u>RAV</u> alle Änderungen.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>³ Für alle weiteren Informationen zur Arbeitslosensituation der stellensuchenden Person übergibt das Gemeindearbeitsamt ihr die Adresse des zuständigen regionalen Zentrums und die Adressen der Arbeitslosenkassen im Kanton.</p>	<p>³ Für alle weiteren Informationen zur Arbeitslosensituation der stellensuchenden Person übergibt das Gemeindearbeitsamt ihr die Adresse des zuständigen regionalen ZentrumsRAV und die Adressen der Arbeitslosenkassen im Kanton.</p>	
<p>Art. 14 Abmeldeverfahren (Art. 32 BAMG)</p> <p>¹ Die regionalen Zentren sind für die Abmeldung der stellensuchenden Personen zuständig.</p> <p>² Die stellensuchende Person oder die für die Sozialhilfe zuständige Behörde kann für die Abmeldung eine begründete Verfügung im Sinne des Verfahrensrechts verlangen.</p>	<p>¹ Die regionalen ZentrenRAV sind für die Abmeldung der stellensuchenden Personen zuständig.</p>	
<p>Art. 16 Verfahren zum Jugendarbeitsschutz (Art. 50 BAMG)</p> <p>¹ Meldungen und Gesuche für Bewilligungen oder Ausnahmen nach der Bundesgesetzgebung über den Jugendarbeitsschutz müssen beim Arbeitsinspektorat eingereicht werden, das anschliessend eine Verfügung erlässt.</p> <p>² Gesuche für Bewilligungen oder Ausnahmen müssen in der Regel eine Woche vor Beginn der Arbeiten eingereicht werden.</p> <p>³ Das Arbeitsinspektorat übergibt der Kommission eine jährliche Statistik über die Verfügungen, die gemäss Absatz 1 erlassen wurden.</p>	<p>³ Das Arbeitsinspektorat übergibt der Kommission <u>BAMK</u> eine jährliche Statistik über die Verfügungen, die gemäss Absatz 1 erlassen wurden.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>⁴ Für die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitnehmenden für gefährliche Arbeiten im Rahmen ihrer beruflichen Grundbildung oder von behördlich anerkannten Kursen hört das für die Berufsbildung zuständige Amt ¹⁾ das Arbeitsinspektorat an, bevor es einem Lehrbetrieb eine Bildungsbewilligung erteilt.</p> <p>^{4bis} Das Arbeitsinspektorat stellt sicher, dass der Lehrbetrieb begleitende Massnahmen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes für jugendliche Arbeitnehmende gemäss Artikel 4 ArGV 5 umgesetzt hat.</p> <p>^{4ter} Fehlen begleitende Massnahme nach Artikel 4bis, gibt das Arbeitsinspektorat eine negative Stellungnahme zum Gesuch um eine Bildungsbewilligung ab.</p>	
<p>Art. 17 Zwangsmassnahmen der Verwaltungsbehörde (Art. 53 BAMG)</p> <p>¹ Besteht ein Verdacht auf Verstoß gegen die Bundesgesetzgebung und weigert sich der Betrieb, bei der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken, so kann das Arbeitsinspektorat das Verbot, Räume und Einrichtungen zu benutzen, die Beschlagnahme von Substanzen und Gegenständen und die umgehende Schliessung des Betriebs anordnen.</p>		

¹⁾ Heute: Amt für Berufsbildung

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>² In seiner Verfügung weist das Arbeitsinspektorat den fehlbaren Betrieb darauf hin, dass beim Wegfallen der Gründe, die zur Verhängung der Massnahme geführt haben, die Zwangsmassnahme aufgehoben werden kann. Die Aufhebung der Zwangsmassnahme wird ebenfalls vom Arbeitsinspektorat verfügt.</p> <p>³ Die Verfügungen über Zwangsmassnahmen der Verwaltungsbehörde sind Zwischenentscheide im Sinne von Artikel 4 Abs. 2 VRG. Eine allfällige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>⁴ Das Arbeitsinspektorat übergibt der Kommission eine jährliche Statistik über die Verfügungen, die gemäss Absatz 1 erlassen wurden.</p> <p>⁵ Die Behörden, die namentlich für die Kantons- oder Gemeindepolizei, die Baupolizei, die Feuer- und Sanitätspolizei zuständig sind, können bei der Ausführung von Zwangsmassnahmen beigezogen werden.</p>	<p>⁴ Das Arbeitsinspektorat übergibt der Kommission <u>BAMK</u> eine jährliche Statistik über die Verfügungen, die gemäss Absatz 1 erlassen wurden.</p>	
<p>Art. 20 Zwangsmassnahmen der Verwaltungsbehörde (Art. 69 BAMG)</p> <p>¹ Die Verwaltungsbehörde kann Zwangsmassnahmen ergreifen, wenn ein Verdacht auf einen Verstoss gegen die Bundesgesetzgebung besteht und wenn sich der Betrieb weigert, bei der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken, das heisst, wenn er:</p> <p>a) auf schwerwiegende Weise gegen die Bundesgesetzgebung im Zusammenhang mit der Sicherheit, der Unterbringung und der Arbeitszeit der Arbeitnehmenden verstösst;</p>		

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>b) der mit der Kontrolle beauftragten Person den Zutritt zur Baustelle oder zum Unternehmen verweigert;</p> <p>c) Belege, die laut Vorschriften des Bundes bei einer Kontrolle unverzüglich verfügbar sein müssen, nicht bereitstellen kann;</p> <p>d) Belege, die für die Abklärung des Sachverhalts benötigt werden, nicht innerhalb einer vernünftigen Frist liefert.</p> <p>² Eine umgehende Einstellung des Betriebs bedeutet einen fristlosen Abbruch der Tätigkeit des Unternehmens sowie ein Verbot von künftigen Tätigkeiten im Kanton Freiburg.</p> <p>³ Die Einstellung des Betriebs wird auf den schriftlichen und begründeten Antrag der mit der Kontrolle beauftragten Personen hin angeordnet.</p> <p>⁴ Erachtet das Amt die Bedingungen als erfüllt, so erlässt es umgehend eine Verfügung zur Einstellung des Betriebs.</p> <p>⁵ In seiner Verfügung weist das Amt das Unternehmen darauf hin, dass die Zwangsmassnahme aufgehoben werden kann, wenn die Gründe, die zur Einstellung des Betriebs geführt haben, wegfallen. Die Aufhebung der Betriebseinstellung wird ebenfalls vom Amt verfügt; sie wird spätestens mit der Verfügung einer Sanktion beschlossen.</p> <p>⁶ Die Verfügung des Amts über eine Betriebseinstellung ist ein Zwischenentscheid im Sinne von Artikel 4 Abs. 2 VRG. Eine allfällige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.</p>		

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>⁷ Das Amt informiert die Kommission, die für die Kontrollen zuständigen Personen, die zuständige paritätische Kommission und gegebenenfalls die Auftraggeberin und die Bauherrschaft über seine Verfügungen.</p> <p>⁸ Die Behörden, die namentlich für die Kantons- oder Gemeindepolizei, die Baupolizei, die Feuer- und Sanitätspolizei zuständig sind, können bei der Ausführung von Zwangsmassnahmen beigezogen werden. Die für die Kontrolle zuständigen Personen müssen sicherstellen, dass die Verfügung umgesetzt wird.</p>	<p>⁷ Das Amt informiert die Kommission<u>BAMK</u>, die für die Kontrollen zuständigen Personen, die zuständige paritätische Kommission und gegebenenfalls die Auftraggeberin und die Bauherrschaft über seine Verfügungen.</p>	
<p>Art. 21 Bekämpfung der Schwarzarbeit (Art. 70 und 71 BAMG)</p> <p>¹ Die Kommission prüft jedes Jahr die Angemessenheit der kantonalen Strategie und definiert die kantonalen Ziele und Aktionspläne anhand der Statistiken der Arbeitsmarktüberwachung und anhand der Informationen und Vorschläge der Sozialpartner und deren Kontrollorgane.</p>	<p>¹ Die Kommission<u>BAMK</u> prüft jedes Jahr die Angemessenheit der kantonalen Strategie und definiert die kantonalen Ziele und Aktionspläne anhand der Statistiken der Arbeitsmarktüberwachung und anhand der Informationen und Vorschläge der Sozialpartner und deren Kontrollorgane.</p>	
	<p>Art. 21a Gegenstand der Kontrolle</p> <p>¹ Die Kontrolle im Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit bezweckt die Aufdeckung und die Bestrafung von Verstössen an einem Arbeitsort, namentlich:</p> <p>a) die Beschäftigung von Arbeitnehmenden, die nicht bei den obligatorischen Sozialversicherungen gemeldet sind;</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>b) die nicht deklarierte Ausführung von Arbeiten durch Arbeitnehmende, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, einer anderen Sozialversicherung oder der Sozialhilfe beziehen;</p> <p>c) die Scheinselbständigkeit;</p> <p>d) die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmenden in Verletzung von Bestimmungen des Ausländerrechts;</p> <p>e) die Beschäftigung von Arbeitnehmenden, die der Quellensteuer unterstehen, aber nicht bei den Steuerbehörden gemeldet sind;</p> <p>f) die Ausführung von Arbeiten durch Arbeitnehmende oder Selbständigerwerbende, die ihren Lohn oder ihr Einkommen nicht oder nur teilweise deklarieren.</p>	
	<p>Art. 21b Organisation</p> <p>¹ Das Amt ist das kantonale Kontroll- und Sanktionsorgan. Es ist für die korrekte Umsetzung der kantonalen Strategie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verantwortlich.</p> <p>² Sämtliche Kontrollbefugnisse des Amts werden von der Arbeitsmarktüberwachung ausgeübt. Diese</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>a) führt spontan oder gestützt auf erhaltene Informationen Kontrollen und Ermittlungen durch;</p> <p>b) erstellt Kontroll- und Ermittlungsberichte und übermittelt diese den zuständigen Behörden;</p> <p>c) ordnet die vorsorglichen Massnahmen nach Artikel 77 Abs. 1 BAMG an;</p> <p>d) übermittelt der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Anwendung des BGSA die Unterlagen zu Verstössen, die von Amtes wegen verfolgt werden.</p>	
	<p>Art. 21c Koordination (Art. 72 BAMG)</p> <p>¹ Die für die Wirtschaft und die Beschäftigung zuständige Direktion ¹⁾ bezeichnet eine Beauftragte oder einen Beauftragten für die Koordination der Bekämpfung der Schwarzarbeit.</p> <p>² Ihre oder seine Hauptaufgabe besteht darin, die für die Überwachung und Bekämpfung der Schwarzarbeit erforderlichen Informationen zu sammeln, diese an die zuständigen Behörden und beauftragten Dritten weiterzuleiten und, sofern keine Behörde der Strafrechtspflege mit der Sache befasst ist, die Einsätze der verschiedenen Akteure vor Ort zu koordinieren.</p>	

¹⁾ Heute: Volkswirtschaftsdirektion

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>Art. 21d Anzeige durch Dritte</p> <p>¹ Alle an der Kontrolle der Schwarzarbeit beteiligten Akteure müssen die Informationen zu einer Anzeige vertraulich behandeln. Diese dürfen auf keinen Fall an Dritte weitergegeben werden.</p> <p>² Die Übermittlung der Informationen an die Strafbehörden wird in der Strafprozessordnung (StPO) geregelt.</p> <p>³ Die Aufbewahrung und die Vernichtung des erhobenen Materials werden in der Bundesgesetzgebung geregelt.</p> <p>⁴ Das Amt kann die Daten, die es bei der Erfüllung seiner Aufgaben beschafft hat, zu den im Gesetz über den Datenschutz vorgesehenen Bedingungen im Hinblick auf eine Wiederverwendung zu Zwecken der Bekämpfung der Schwarzarbeit aufbewahren.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>Art. 22 Leistungsauftrag (Art. 75 BAMG)</p> <p>¹ Der Leistungsauftrag zwischen dem Amt und dem beauftragten Dritten regelt insbesondere den Umfang der Delegation, die Kontrolldichte und die Entschädigung des beauftragten Kontrollorgans.</p> <p>² Der Leistungsauftrag regelt ausserdem den Inhalt der Kontrollprotokolle, die die Ergebnisse der nach Bundesrecht ausgeführten Kontrollen enthalten.</p>	<p>² Der Leistungsauftrag regelt ausserdem den Inhalt der Kontrollprotokolle, die die Ergebnisse der nach Bundesrecht ausgeführten Kontrollen enthalten, <u>und legt die Regeln für die Untersuchung der Dossiers fest.</u></p>	
<p>Art. 23 Zwangsmassnahmen der Verwaltungsbehörde (Art. 77 BAMG)</p> <p>¹ Die Verwaltungsbehörde kann Zwangsmassnahmen ergreifen, wenn ein Verdacht auf einen Verstoss gegen die Bundesgesetzgebung besteht und wenn sich der Betrieb weigert, bei der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken, das heisst, wenn er:</p> <p>a) der mit der Kontrolle beauftragten Person den Zutritt zur Baustelle oder zum Unternehmen verweigert;</p> <p>b) sich weigert, die Identität von Personen preiszugeben, die im Rahmen einer Kontrolle die Flucht ergriffen haben;</p>	<p>¹ Die Verwaltungsbehörde kann Zwangsmassnahmen ergreifen, wenn ein Verdacht auf einen Verstoss gegen die Bundesgesetzgebung besteht und<u>oder</u> wenn sich <u>die Person oder</u> der Betrieb weigert, bei der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken, das heisst, wenn <u>sie oder</u> er:</p> <p>b) sich weigert, die Identität von Personen preiszugeben, die im Rahmen am Arbeitsplatz anwesend waren oder sich von dort entfernt haben, um sich einer Kontrolle die Flucht ergriffen haben;<u>zu entziehen.</u></p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>c) Belege, die für die Abklärung des Sachverhalts benötigt werden, nicht innerhalb einer vernünftigen Frist liefert.</p>	<p>c) Belege, sich der Kontrolle widersetzt oder sich weigert, den mit der Kontrolle betrauten Personen die für die Abklärung des Sachverhalts benötigt werden, nicht innerhalb einer vernünftigen Frist liefert. verlangten Informationen herauszugeben;</p> <p>d) sich weigert oder nicht in der Lage ist, die Identität und die Kontaktangaben des Arbeitgebers herauszugeben.</p> <p>^{1bis} Die Verwaltungsbehörde kann namentlich auch in folgenden Fällen Zwangsmassnahmen ergreifen:</p> <p>a) Wenn mehrere Personen die Flucht ergreifen oder sich der Kontrolle entziehen.</p> <p>b) Wenn mehr als fünf ausländische Arbeitnehmende desselben Betriebs oder mindestens die Hälfte des angestellten Personals keine Aufenthalts- oder Arbeitsbewilligung vorweisen können.</p> <p>c) Wenn Arbeitnehmende am Arbeitsort untergebracht sind.</p> <p>d) Wenn die Sicherheit der Arbeitnehmenden nicht gewährleistet ist.</p> <p>e) Auf Verlangen der zuständigen Oberamtfrau oder des zuständigen Oberamtmanns.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>^{1ter} Die in Artikel 77 Abs. 1 BAMG vorgesehenen Zwangsmassnahmen können vorsorglich direkt von den Inspektorinnen oder Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung und von den Inspektorinnen und Inspektoren von beauftragten Dritten angeordnet werden. Sie werden der betroffenen Person oder dem betroffenen Betrieb umgehend schriftlich mitgeteilt. Eine Kopie dieser Mitteilung wird zur Prüfung an das Amt weitergeleitet.</p> <p>^{1quater} Erachtet das Amt die in Absatz 1 und 1bis vorgesehenen Bedingungen als erfüllt, so erlässt es umgehend eine Verfügung nach Artikel 77 BAMG. In seiner Verfügung weist das Amt den fehlbaren Betrieb darauf hin, dass beim Wegfallen der Gründe, die der Verfügung zugrunde liegen, die Zwangsmassnahme aufgehoben werden kann. Die Aufhebung der Betriebseinstellung wird ebenfalls vom Amt verfügt.</p> <p>^{1quinquies} Das Amt informiert die BAMK, die für die Kontrollen zuständigen Personen, die zuständige paritätische Kommission und gegebenenfalls die Auftraggeberin oder den Auftraggeber und die Bauherrschaft über seine Verfügungen.</p> <p>^{1sexies} Eine allfällige Beschwerde gegen eine Massnahme oder eine Verfügung im Sinne der Absätze 1 bis 1quinquies hat keine aufschiebende Wirkung.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
² Im Übrigen gelten die Bestimmungen nach Artikel 20 Abs. 2–8.	² <i>Aufgehoben.</i>	
	<p>Art. 23a Ausbildung</p> <p>¹ Das Amt sorgt für die Grundausbildung und Weiterbildung der Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung, namentlich im Bereich der Konfliktbewältigung und Selbstbeherrschung in schwierigen Situationen.</p> <p>² Die Schulung der Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung in den gerichtspolizeilichen Kompetenzen findet gemäss eines Ausbildungsplans statt, der in Absprache mit der für die Kantonspolizei zuständigen Behörde ¹⁾ aufgestellt wird.</p> <p>³ Im Übrigen achtet das Amt darauf, dass das Personal der beauftragten Dritten über die Kompetenzen verfügt, die für die Vereidigung als Hilfsinspektorin oder Hilfsinspektor des Staates erforderlich sind. Die Pflicht der Grundausbildung und der Weiterbildung fällt dem mit den Kontrollen beauftragten Unternehmen zu. Das Amt kann jederzeit die Ausbildungsbestätigung der Inspektorinnen und Inspektoren einfordern.</p>	

¹⁾ Heute: Sicherheits- und Justizdirektion

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>Art. 23b Legitimation und Vereidigung (Art. 74c, und 75a BAMG)</p> <p>¹ Die Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung werden vor ihrem Amtsantritt vereidigt und erhalten bei dieser Gelegenheit ihren Dienstausweis.</p> <p>² Die Inspektorinnen und Inspektoren, die beim Inkrafttreten dieses Reglements bereits im Amt waren, können ihre zusätzlichen Funktionen als Beamtinnen oder Beamte der Gerichtspolizei nur ausüben, wenn sie die in Artikel 23a vorgesehenen Anforderungen erfüllen.</p> <p>³ Die Inspektorinnen und Inspektoren der beauftragten Dritten werden nach Validierung ihrer Ausbildung gemäss Artikel 23a Abs. 3 ebenfalls vereidigt. Der Legitimationsausweis wird ihnen bei der Vereidigung übergeben.</p>	
	<p>Art. 23c Ermittlungen und Observationen (Art. 74e BAMG)</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>¹ Die Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung können in jedem vom Amt oder von einer Strafbehörde ordnungsgemäss genehmigten Fall Vorermittlungen anstellen und Personen oder Betriebe, die der Widerhandlung gegen das BGSA und gegen Artikel 72 BAMG verdächtigt werden, ohne ihr Wissen observieren. Dies unter folgenden Bedingungen:</p> <p>a) Die Arbeitsmarktüberwachung verfügt über konkrete Indizien, die vermuten lassen, dass die fragliche Person Schwarzarbeit nachgeht oder der fragliche Betrieb Schwarzarbeitende beschäftigt.</p> <p>b) Die Observation ist für die Beschaffung von Beweisen, mit denen die zuständige Behörde ein Verfahren gegen die betroffene Person oder den betroffenen Betrieb einleiten kann, unverzichtbar.</p> <p>² Bei der Observation können nur Bild- oder Tonaufzeichnungen über die verdächtigte Person oder den verdächtigten Betrieb beschafft werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <p>a) Die Aufzeichnungen beziehen sich ausschliesslich auf eine Situation oder mehrere Situationen nach Artikel 23d.</p> <p>b) Die verdächtigte Person oder der verdächtige Betrieb befindet sich an einem frei zugänglichen Ort oder in einer öffentlichen Einrichtung, oder an einem Ort, der von einem frei zugänglichen Ort aus einsehbar ist.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>³ Dauert die Observation länger als einen Monat, so muss ihre Fortsetzung von der Staatsanwaltschaft genehmigt werden.</p> <p>⁴ Die Arbeitsmarktüberwachung, oder falls eine Untersuchung eröffnet wurde die Staatsanwaltschaft, teilt der Person, die observiert wurde, spätestens beim Abschluss der Ermittlung die Gründe für die Observation, ihre Art und Dauer mit.</p> <p>⁵ Diese Mitteilung wird verschoben oder es wird darauf verzichtet, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:</p> <p>a) Überwiegende öffentliche oder private Interessen müssen unbedingt geschützt werden.</p> <p>b) Die beschafften Informationen werden nicht als Beweise verwendet. In diesem Fall werden die beschafften Daten innerhalb von 3 Monaten nach der Observation vernichtet.</p>	
	Art. 23d Einvernahmen (Art. 74e BAMG)	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	<p>¹ Im Anschluss an eine Kontrolle am Arbeitsplatz und/oder an eine Vorermittlung kann die Arbeitsmarktüberwachung jede der Schwarzarbeit verdächtige Person sowie Auskunftspersonen zu einer Einvernahme einberufen.</p> <p>² Bei der Einvernahme wird die Person, die der Schwarzarbeit oder der Beschäftigung von Schwarzarbeitenden verdächtigt wird, über den Straftatverdacht informiert. Sie wird über ihre Rechte informiert.</p> <p>³ Nach ihrer Einvernahme unterzeichnet die vernommene Person das Einvernahmeprotokoll und erhält eine Kopie davon.</p> <p>⁴ Die zu einer Einvernahme einberufene Person, die der Einvernahme unbegründet fernbleibt, kann wegen Verletzung der Mitwirkungspflicht nach Artikel 18 BGSA sanktioniert werden.</p>	
Art. 24 Übertragung der Kontingente (Art. 80 BAMG)		

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>¹ Auf Antrag des Amts kann die Kommission eine Übertragung der Kontingente zwischen den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der besonderen Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG gewähren.</p>	<p>¹ Auf Antrag des Amts kann die Kommission<u>BAMK</u> eine Übertragung der Kontingente zwischen den regionalen Arbeitsvermittlungszentren<u>RAV</u> und der besonderen Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG gewähren.</p>	
<p>Art. 25 Leistungsempfängerinnen und -empfänger (Art. 81 BAMG)</p> <p>¹ Als Leistungsempfängerinnen und -empfänger gelten nur stellensuchende Personen, die:</p> <p>a) bei einem regionalen Zentrum angemeldet sind; eine Unterbrechung der Anmeldung für 14 Tage ist jedoch zulässig;</p> <p>b) im Sinne der Bundesgesetzgebung vermittlungsfähig sind;</p> <p>c) nur bedingt leistungsfähig oder beschränkt beschäftigungsfähig sind, sofern sie von einer besonderen Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG betreut werden;</p> <p>d) in den sechs Monaten vor der Bewilligung der Massnahme nicht wegen Ablehnung einer Stelle ihre Anspruchsberechtigung verloren haben;</p> <p>e) mindestens alle zwei Monate an einem Beratungsgespräch im regionalen Zentrum teilnehmen und persönlich intensiv nach einer Stelle suchen;</p> <p>f) einen Vermittlungsvertrag mit dem regionalen Zentrum abgeschlossen haben, mit dem sie sich verpflichten, den Pflichten nach Buchstabe e dieser Bestimmung nachzukommen;</p>	<p>a) bei einem regionalen Zentrum<u>RAV</u> angemeldet sind; eine Unterbrechung der Anmeldung für 14 Tage ist jedoch zulässig;</p> <p>e) mindestens alle zwei Monate an einem Beratungsgespräch im regionalen Zentrum<u>RAV</u> teilnehmen und persönlich intensiv nach einer Stelle suchen;</p> <p>f) einen Vermittlungsvertrag mit dem regionalen Zentrum<u>RAV</u> abgeschlossen haben, mit dem sie sich verpflichten, den Pflichten nach Buchstabe e dieser Bestimmung nachzukommen;</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>g) das Schweizer Bürgerrecht besitzen oder über eine Niederlassungsbewilligung (C) oder eine Aufenthaltsbewilligung (B) verfügen, die in eine Niederlassungsbewilligung umgewandelt werden kann, sofern ihnen eine Arbeitsbewilligung in der Schweiz ausgestellt werden kann, oder</p> <p>h) über einen Ausweis für vorläufig aufgenommene Ausländer (F) verfügen, der in eine Aufenthaltsbewilligung umgewandelt werden kann, sofern der Bund keiner Kostenerstattungspflicht im Sinne der Asylgesetzgebung mehr nachkommen muss und sofern ihnen eine Arbeitsbewilligung in der Schweiz ausgestellt werden kann;</p> <p>i) mindestens 18 Jahre alt sind und das Alter noch nicht erreicht haben, das zum Bezug einer AHV-Rente berechtigt;</p> <p>j) den Nachweis erbringen, dass sie seit mindestens einem Jahr im Kanton wohnhaft sind und auch tatsächlich da wohnen, oder</p> <p>k) seit weniger als einem Jahr im Kanton wohnhaft sind, diese Dauer aber erreichen, wenn die unmittelbar davorliegende Zeit berücksichtigt wird, während der sie in einem Kanton wohnhaft waren, der ausgesteuerten Arbeitslosen Unterstützung bietet und den aus dem Kanton Freiburg kommenden Stellensuchenden Gegenseitigkeit gewährt.</p> <p>² Personen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung des Bundes aufgrund einer Befreiung von der Erfüllung der Beitragszeit bezogen haben, können bereits vor Ablauf der Rahmenfrist für den Leistungsbezug nach Bundesrecht an einer Massnahme teilnehmen.</p>		

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>³ Personen, die andere Sozialleistungen des Kantons oder der Gemeinden erhalten oder erhalten haben und von der besonderen Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG betreut werden, können von der Erfüllung der Bedingungen befreit werden, die vom BAMG und vom Absatz 1 Bst. b, d und e für den Empfang von Leistungen vorgeschrieben werden.</p>		
<p>Art. 26 Verfahren und Voraussetzungen für die Gewährung (Art. 81 und 82 Abs. 2 BAMG)</p> <p>¹ Die stellensuchende Person richtet ein schriftliches Gesuch um eine kantonale Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung an das regionale Zentrum.</p> <p>² Das regionale Zentrum prüft als erstes, ob die betroffene Person die Bedingungen für den Empfang von Leistungen im Sinne dieses Reglements erfüllt.</p> <p>³ Danach prüft das regionale Zentrum das Gesuch unter Berücksichtigung der vom Amt festgelegten Kontingente und der Priorität, die den Personen mit einem ausgewiesenen Bedarf nach einer derartigen Massnahme eingeräumt wird.</p>	<p>¹ Die stellensuchende Person richtet ein schriftliches Gesuch um eine kantonale Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung an das <u>regionale Zentrum RAV</u>.</p> <p>² Das regionale Zentrum RAV prüft als erstes <u>Erstes</u>, ob die betroffene Person die Bedingungen für den Empfang von Leistungen im Sinne dieses Reglements erfüllt.</p> <p>³ Danach prüft das regionale Zentrum <u>RAV</u> das Gesuch unter Berücksichtigung der vom Amt festgelegten Kontingente und der Priorität, die den Personen mit einem ausgewiesenen Bedarf nach einer derartigen Massnahme eingeräumt wird.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>⁴ Für die Gewährung der Massnahmen werden insbesondere folgende Kriterien geprüft: das berufliche Wiedereingliederungsziel, die Bildung und die Berufserfahrung der stellensuchenden Person, die Anzahl und die Qualität der Arbeitsbemühungen während der Rahmenfrist der Arbeitslosenversicherung, allfällige Einstellungsverfahren, die im Rahmen der Verwaltung des Arbeitslosendossiers eröffnet wurden, bisherige arbeitsmarktliche Massnahmen, die Zwischenverdienste, die Sprachkenntnisse, das Alter, der Gesundheitszustand und eine allfällige familiäre Unterstützungspflicht.</p> <p>⁵ Das Gesuch einer Person, die im Laufe der Rahmenfrist des Bundes ihre Anspruchsberechtigung verloren hat oder die schon einmal an einer kantonalen Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung teilnehmen konnte, gilt nicht als vorrangig.</p> <p>⁶ Für Personen, die von der besonderen Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG betreut werden, gelten die Voraussetzungen nach Absatz 4 und 5 nicht als wesentlich.</p>		
<p>Art. 27 Art und Dauer der Leistungen (Art. 84 BAMG)</p> <p>¹ Das Amt, die regionalen Zentren und die besondere Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG sind bestrebt, die Organisation von Qualifizierungsprogrammen bei Unternehmen zu fördern.</p>	<p>¹ Das Amt, die regionalen Zentren RAV und die besondere Betreuungseinrichtung im Sinne von Artikel 86 BAMG sind bestrebt, die Organisation von Qualifizierungsprogrammen<u>Beschäftigungsprogrammen</u> bei Unternehmen zu fördern.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>² Qualifizierungsprogramme im Sinne des BAMG werden anfänglich für höchstens drei Monate gewährt. Sofern das Eingliederungsziel dies rechtfertigt, können die Programme bis zur maximalen Dauer, die nach diesem Gesetz vorgesehen ist, verlängert werden.</p> <p>³ Programme, die verlängert werden, gelten als für die gesamte Dauer des Vertrags vereinbart, insbesondere in Bezug auf den Anschluss an die Sozialversicherungen.</p>	<p>² Qualifizierungsprogramme<u>Beschäftigungsprogram-</u><u>me</u> im Sinne des BAMG werden anfänglich für höchstens drei Monate gewährt. Sofern das Eingliederungsziel dies rechtfertigt, können die Programme bis zur maximalen Dauer, die nach diesem Gesetz vorgesehen ist, verlängert werden.</p> <p>³ Programme<u>Beschäftigungsprogramme</u>, die verlängert werden, gelten als für die gesamte Dauer des Vertrags vereinbart, insbesondere in Bezug auf den Anschluss an die Sozialversicherungen.</p>	
<p>Art. 28 Besondere Betreuungseinrichtung für bestimmte Leistungsempfängerinnen und -empfänger (Art. 86 BAMG) – Arbeitsweise</p> <p>¹ Die regionalen Zentren, die für die Sozialhilfe zuständigen Behörden und die übrigen zuständigen Ämter, die mit der besonderen Betreuungseinrichtung für bestimmte Leistungsempfängerinnen und -empfänger (die Betreuungseinrichtung) zusammenarbeiten, lassen dieser, unter Beachtung der Grundsätze der Verhältnismässigkeit und der Zweckbindung, alle Informationen über die Situation der stellensuchenden Person zukommen, die für ihre berufliche Eingliederung notwendig sind. Sie übermitteln namentlich folgende Informationen: Identifikationsdaten und Kontaktdaten, soziodemographische Daten, Angaben zu bisher ausgeführten Berufen und zur Bildung und Sozialdaten zur Arbeits- und Erwerbsfähigkeit.</p> <p>² Die Betreuungseinrichtung kann von den zuständigen Behörden der Sozialhilfe den Abschluss eines Vertrags zur sozialen Eingliederung im Sinne des Sozialhilfegesetzes verlangen. Das im erwähnten Gesetz vorgesehene Verfahren bleibt vorbehalten.</p>	<p>¹ Die regionalen Zentren<u>RAV</u>, die für die Sozialhilfe zuständigen Behörden und die übrigen zuständigen Ämter, die mit der besonderen Betreuungseinrichtung für bestimmte Leistungsempfängerinnen und -empfänger (die Betreuungseinrichtung) zusammenarbeiten, lassen dieser, unter Beachtung der Grundsätze der Verhältnismässigkeit und der Zweckbindung, alle Informationen über die Situation der stellensuchenden Person zukommen, die für ihre berufliche Eingliederung notwendig sind. Sie übermitteln namentlich folgende Informationen: Identifikationsdaten und Kontaktdaten, soziodemographische Daten, Angaben zu bisher ausgeführten Berufen und zur Bildung und Sozialdaten zur Arbeits- und Erwerbsfähigkeit.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>Art. 29 Besondere Betreuungseinrichtung für bestimmte Leistungsempfängerinnen und -empfänger (Art. 86 BAMG) – Massnahmenkatalog, Art der Massnahmen und Finanzierung</p> <p>¹ Die Vereinbarung über die Betreuungseinrichtung enthält einen Katalog der Massnahmen, die den Leistungsempfängerinnen und -empfängern angeboten werden können.</p> <p>² Folgende Massnahmen können in den Katalog aufgenommen werden:</p> <p>a) Massnahmen, die im BAMG aufgezählt werden und die über den kantonalen Beschäftigungsfonds finanziert werden;</p> <p>b) Massnahmen im Sinne der Bestimmungen über die Sozialhilfe, deren Finanzierung von den für die Sozialhilfe zuständigen Behörden sichergestellt wird;</p> <p>c) neue Massnahmen, die die Betreuungseinrichtung je nach Bedarf vorschlägt, sofern diese im Vorfeld von der Kommission genehmigt wurden. Die Kommission lässt dem Amt eine Empfehlung zur Frage zukommen, von wem diese Massnahmen finanziert werden sollen. Eine gemeinsame Finanzierung der neuen Massnahmen bleibt vorbehalten.</p>	<p>c) neue Massnahmen, die die Betreuungseinrichtung je nach Bedarf vorschlägt, sofern diese im Vorfeld von der Kommission<u>BAMK</u> genehmigt wurden. Die Kommission<u>BAMK</u> lässt dem Amt eine Empfehlung zur Frage zukommen, von wem diese Massnahmen finanziert werden sollen. Eine gemeinsame Finanzierung der neuen Massnahmen bleibt vorbehalten.</p>	
<p>Art. 30 Besondere Einrichtung für Jugendliche – Kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (Art. 87 BAMG)</p>		

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>¹ Eine besondere Kommission im Sinne von Artikel 19 BAMG wird, unter dem Namen kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung, mit Fragen der Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten beauftragt.</p> <p>² Diese Kommission wird im Bereich der Politik zur Betreuung von Jugendlichen mit Problemen bei der Eingliederung angehört, vornehmlich im Bereich der Betreuung von Jugendlichen, die am Ende der obligatorischen Schulzeit oder in den darauffolgenden Jahren noch keine Lösung für die Berufsbildung gefunden haben, und im Bereich der Massnahmen zur Verbesserung der Übergänge von der obligatorischen Schulzeit in die berufliche Ausbildung und von dieser ins anschliessende Berufsleben.</p> <p>³ Sie erfüllt unter anderem die folgenden Aufgaben:</p> <p>a) sie formuliert Vorschläge für die Realisierung des kantonalen Aktionsplans;</p> <p>b) sie formuliert Vorschläge zur Einführung von Regeln, die eine gesicherte Finanzierung und die Koordination der Massnahmen ermöglichen;</p> <p>c) sie sorgt für die Koordination der Umsetzung, der Entwicklung und der Bewertung der Massnahmen durch die zuständigen Partner;</p> <p>d) sie informiert die kantonale Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt und den Staatsrat über ihre Tätigkeit.</p> <p>⁴ Das Amt ist für ihre Verwaltung zuständig.</p>	<p>d) sie informiert die kantonale Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt <u>BAMK</u> und den Staatsrat über ihre Tätigkeit.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
<p>Art. 32 Betreuungs- und Lohnkosten (Art. 91 BAMG)</p> <p>¹ Der Anbieter des Qualifizierungsprogramms kommt für die Betreuungskosten auf.</p> <p>² Die in Programmen bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften und nicht gewinnorientierten Institutionen ausgezahlten Löhne sind im Anhang 1 zu diesem Reglement aufgeführt. Der Lohn entspricht höchstens dem letzten versicherten Verdienst oder den Pauschalbeträgen, die von den Arbeitslosenkassen für Versicherte angewendet werden, die keine Beiträge geleistet haben oder von der Erfüllung der Beitragszeit befreit wurden, es sei denn, dass aus Gründen der Billigkeit davon abgewichen wird.</p> <p>³ Nicht gewinnorientierte Institutionen können von der Übernahme der Betreuungskosten entbunden werden, wenn die Betreuung von einer stellensuchenden Person gewährleistet wird, die ihrerseits im Rahmen eines Beschäftigungs- oder eines Qualifizierungsprogramms angestellt wird.</p> <p>⁴ Die Löhne in Programmen bei Unternehmen entsprechen den gesamtarbeitsvertraglichen Löhnen oder, falls kein Gesamtarbeitsvertrag besteht, den üblichen Löhnen.</p> <p>⁵ Das Unternehmen, das Qualifizierungsprogramme organisiert, beteiligt sich zu 75 % am Lohn, der vom Amt festgelegt wird. Die Beteiligung kann je nach der persönlichen Situation der stellensuchenden Person um 25 % und je nach der vom Unternehmen gebotenen Ausbildung um weitere 25 % gesenkt werden. Die Beteiligung darf jedoch nicht unter 25 % liegen.</p>	<p>¹ Der Anbieter des <u>Qualifizierungsprogramms</u>Be-<u>Beschäftigungsprogramms</u> kommt für die Betreuungskosten auf.</p> <p>² Die in Programmen bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften und nicht gewinnorientierten Institutionen ausgezahlten Löhne sind im Anhang 1 zu diesem Reglement aufgeführt. Der Lohn entspricht höchstens dem letzten versicherten Verdienst oder den Pauschalbeträgen, die von den Arbeitslosenkassen für Versicherte angewendet werden, die keine Beiträge geleistet haben oder von der Erfüllung der Beitragszeit befreit wurden, es sei denn, dass aus Gründen der Billigkeit davon abgewichen wird.</p> <p>³ <i>Aufgehoben.</i></p> <p>⁵ Das Unternehmen, das <u>Qualifizierungsprogramme</u>Beschäftigungsprogramme organisiert, beteiligt sich zu 75 % am Lohn, der vom Amt festgelegt wird. Die Beteiligung kann je nach der persönlichen Situation der stellensuchenden Person um 25 % und je nach der vom Unternehmen gebotenen Ausbildung um weitere 25 % gesenkt werden. Die Beteiligung darf jedoch nicht unter 25 % liegen.</p>	

Geltendes Recht	Kopie von Arbeitsversion (SPE 10.12.)	
	^{5bis} Die Beteiligung des Unternehmens kann abhängig vom Profil der stellensuchenden Person und von der Schulung, die das Unternehmen bietet, gesenkt werden. Sie beträgt jedoch mindestens 40 % des Lohns, der vom Amt festgelegt wird.	
Art. 47 Inkrafttreten ¹ Dieses Reglement tritt am 1. August 2012 in Kraft.	¹ Dieses Reglement tritt am 1. August 2012 <u>dd.m.m.yyyy</u> in Kraft.	
A1 ANHANG 1 – Gehälter der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Qualifizierungsprogrammen bei Institutionen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Art. 32 Abs. 2)	A1 ANHANG 1 – Gehälter der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von QualifizierungsprogrammenBeschäftigungsprogrammen bei Institutionen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Art. 32 Abs. 2)	
	III.	
	<i>Keine Aufhebung von Erlassen in diesem Abschnitt.</i>	
	IV.	
	[Schlussklausel] [Signaturen]	